

## **Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich**

KR-Nr. 138/2008

Sitzung vom 23. April 2008

### **615. Dringliches Postulat (Folgen der Finanzmarktkrise für den Kanton Zürich)**

Kantonsrätin Regula Götsch Neukom, Kloten, sowie die Kantonsräte Ralf Margreiter, Oberrieden, und Peter Reinhard, Kloten, haben am 7. April 2008 folgendes Postulat eingereicht:

Wir fordern den Regierungsrat auf, für den Kanton Zürich Szenarien für die weitere Entwicklung der Finanzmarktkrise aufzuzeigen. Die Szenarien sollen eine Einschätzung ihrer Wahrscheinlichkeit enthalten und die Folgen aufzeigen für:

- die Steuereinnahmen des Kantons Zürich und der Zürcher Gemeinden;
- die konjunkturelle Entwicklung;
- die Arbeitsplatzsituation in der Finanzbranche wie auch in den von ihr abhängigen Branchen.

Für die einzelnen Szenarien soll zudem dargestellt werden, wie die im kommenden KEF dargestellte mittelfristige Entwicklung des kantonalen Haushalts davon beeinflusst würde.

Der Bericht soll auch aufzeigen, welche kurz- und mittelfristigen Handlungsoptionen der Kanton hat, um im Falle des Eintretens eines Szenarios die Schäden für den Kanton Zürich möglichst gering zu halten.

#### *Begründung:*

Im Bankensektor folgt ein Milliarden-Abschreiber dem nächsten, ein Ende der Finanzmarktkrise ist nicht absehbar und die Prognosen vereinzelter Wirtschaftsexperten stimmen auch nicht zuversichtlicher. Gerade der Kanton Zürich mit seiner grossen finanziellen, wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeit von der Finanzbranche darf die Augen vor den möglichen Folgen der Krise nicht verschliessen und muss über Handlungsoptionen verfügen.

Der Kantonsrat hat das Postulat am 14. April 2008 dringlich erklärt.

Auf Antrag der Finanzdirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Zum dringlichen Postulat Regula Götsch Neukom, Kloten, Ralf Margreiter, Oberrieden, und Peter Reinhard, Kloten, wird wie folgt Stellung genommen:

Die wirtschaftliche Entwicklung im Kanton Zürich wird massgeblich vom Erfolg des Finanzplatzes bestimmt. Dieser hat dadurch einen erheblichen Einfluss auf den Staatshaushalt und unter anderem auch auf den Finanzhaushalt der Stadt Zürich. Nach ersten Anzeichen einer Krise auf den US-Hypothekemärkten im Sommer 2007 gingen Fachleute noch davon aus, dass keine spürbaren Auswirkungen auf die reale Wirtschaft und den Konjunkturverlauf in der Schweiz zu gewärtigen wären. Trotzdem beobachtet und beurteilt seit August 2007 eine interne Arbeitsgruppe der Finanzdirektion die Entwicklungen in den USA und die möglichen Auswirkungen auf den Kanton Zürich. Die Finanzdirektion pflegt dazu intensive Kontakte zur Stadt Zürich und zu den Banken. Negative Auswirkungen auf den Kanton Zürich zeichneten sich ab Herbst 2007 ab. So ist davon auszugehen, dass sich die Schweizer Konjunktur nicht vollständig vom Wirtschaftsgang der USA abkoppeln kann. Die Prognoseinstitute beurteilen die Konjunkturentwicklung in der Schweiz nach wie vor positiv, auch wenn sie die Wachstumsraten inzwischen leicht zurückgenommen haben.

Am 30. Januar 2008 kündigte die UBS einen Verlust von 4,4 Mrd. Franken für das Jahr 2007 an. Soweit Folgen für den Staatssteuerertrag quantifizierbar waren, hat der Regierungsrat sie in der Staatsrechnung 2007 (Vorlage 4495) bereits berücksichtigt. Angesichts der im ersten Quartal publizierten Gewinnwarnungen der Grossbanken ist die weitere Gewinnentwicklung für das ganze Geschäftsjahr 2008 unsicher.

Derzeit wird der KEF 2009–2012 erarbeitet. Wichtiger Bestandteil des KEF sind die Prognosen der Staatssteuererträge der Jahre 2009 bis 2012, die wiederum nach einem Hearing der Finanzdirektion mit Expertinnen und Experten der BAK Basel Economics AG, der Zürcher Kantonalbank, der Credit Suisse und der Stadt Zürich erstellt werden. Im Weiteren fordert der Kantonsrat mit zwei KEF-Erklärungen (KR-Nr. 25/2008), dass einerseits die geplante Steuergesetzrevision für die natürlichen Personen in den Finanzplan einzustellen und andererseits verschiedene Szenarien für die Steuerertragsentwicklung im KEF 2009–2012 aufzuzeigen seien. Der Regierungsrat legt den KEF 2009–2012 Mitte September 2008 fest und wird ihn dann dem Kantonsrat unterbreiten. Der KEF wird mögliche Folgen der Finanzmarktkrise für den Kanton berücksichtigen, soweit sie erkennbar sein werden.

Wegen der herausragenden Bedeutung des Finanzplatzes für Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Gemeinden des Kantons Zürich beschäftigt sich der Regierungsrat mit den Folgen und den Handlungsoptionen, deren Darstellung das dringliche Postulat fordert.

Der Regierungsrat ist deshalb bereit, das dringliche Postulat KR-Nr. 138/2008 im Sinne der Erwägungen entgegenzunehmen.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Finanzdirektion.

Vor dem Regierungsrat

Der Staatsschreiber:

**Husi**